

Finanzmarktregulierung G20 müssen Versprechen umsetzen

Wirtschaft und insbesondere Beschäftigte leiden weltweit unter der Wirtschaftskrise, während das Bankenkasino wieder öffnet. Zwar wurden auf deutscher, EU- und internationaler Ebene vereinzelte Regulierungsansätze auf den Weg gebracht. Aber die wieder erstarkte Bankenlobby lässt nichts unversucht, wirklich wirksame Regulierungen zu verhindern. Die G20 müssen ihre Regulierungsversprechen umsetzen. Sie sollen die deutsche Forderung nach einer Finanztransaktionsteuer aufnehmen. Denn die beteiligt die Verursacher an den Kosten der Krise und reduziert künftige Spekulationen.

Ein Jahr nach Lehman - Wer steht wie da?

Die Banken: Das Kasino ist wieder geöffnet

Vor einem Jahr ließ die US-Regierung die Investmentbank Lehman Brothers in Konkurs gehen. Das war ein Entschluss, der das globale Bankensystem in eine tiefe Vertrauenskrise stürzte. Um den Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern, schnürten zahlreiche Regierungen für „systemrelevante“ Institute Milliarden schwere Rettungspakete. Paradoxe Weise stärkt nun die mit Staatshilfe bewirkte Erholung der globalen Finanzmärkte die Bankenlobby. Im Frankfurter Bankenviertel knallen wieder die Sektkorken. Das Investmentbanking gewinnt erneut an Bedeutung. Seit März 2009 steigen die Aktienkurse, und die Banken stecken das Geld wieder in Wertpapiere, statt Unternehmen und Konsumenten zu finanzieren.

Die Konjunktur: Tiefpunkt überwunden

Die Finanzkrise zog die gesamte Weltwirtschaft in den Krisenstrudel. Nun verbessern sich die Konjunkturaussichten wieder. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet, dass die Weltproduktion in 2010 um 2,8 Prozent zunimmt. Bedingung für ein solches Wachstum ist, dass Unternehmen und Haushalte weiter Kredite erhalten und der private Verbrauch wieder anzieht.

Die Beschäftigten: Sie zahlen die Zeche

Auch wenn viele Institute einen Aufschwung erwarten, die Aussichten für die Beschäftigung bleiben schlecht. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass sich die Zahl der Arbeitslosen in den Industrieländern in den nächsten 18 Monaten verdoppeln wird. Auch die Organisation der Industrieländer OECD schlägt einen Jobalarm. In Deutschland könnte die Arbeitslosigkeit im schlimmsten Fall auf fast zwölf Prozent steigen.

Ohne Regulierung kein stabiles Wachstum

Das Finanzkasino hat die Krise der Produktionswirtschaft verursacht. Den Zusammenhang zwischen Aufschwung und Finanzmarktregulierung erkennen inzwischen selbst konservative Politiker und Wissenschaftler.

Shareholder Denken nicht überwunden

Dazu Nobelpreisträger Edmund Phelps: „Im Finanz- und Unternehmenssektor gibt es nach wie vor keine Abkehr vom kurzfristig orientierten Denken. Zudem fehlt bislang eine sinnvolle Regulierung des Finanzsektors. Die Banken versorgen den Unternehmenssektor, vor allem junge innovative Firmen nicht ausreichend mit Kapital. Es fehlt insgesamt eine neue Dynamik für einen kräftigen Aufschwung.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 5./6. September 2009)

Wie Phelps beurteilen die meisten Kommentatoren die Aussichten für eine wirksame Regulierung skeptisch. Gemessen am Ausgangspunkt - dem uneingeschränkten Gesetz des Geldes auf den Finanzmärkten - ist seit dem Ausbruch der Krise durchaus einiges geschehen. Gemessen an dem, was nötig ist, bleibt das meiste noch zu tun. Das liegt nicht zuletzt daran, dass in den G20 und in der EU viele Staaten unter einen Hut gebracht werden müssen. Eine Übersicht des Bundesfinanzministeriums führt bis August 2009 immerhin 35 Einzelvorhaben auf, die sich in Deutschland, in der EU und international in der Umsetzung befinden.

Sachstand: Finanzmarktregulierung Wo stehen wir?

Was steckt wirklich hinter den Gesetzesentwürfen und den Debatten im Vorfeld des G20-Gipfels in Pittsburgh? Was ist aus den Forderungen der IG Metall geworden? Hier einige Beispiele:

Unsere Forderung: Wirksame Finanzaufsicht

Hier ist immerhin etwas auf den Weg gebracht worden. Die deutsche Bundesregierung hat mit dem Gesetz zur Verstärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht die Macht und Rechte der Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gestärkt. Sie kann jetzt im Krisenfall früher und bei einzelnen Banken besser eingreifen. Allgemeine Regeln für die Banken allerdings hat die Bundesregierung an die EU verwiesen.

Unsere Forderung: Europäische und internationale Finanzmarktaufsicht schaffen

Für die europäische Regulierung hat die EU-Kommission passable Vorschläge gemacht. Eine EU-Bankenaufsichtsbehörde soll für die **Bonität der einzelnen Finanzinstitute** sorgen. Ein **Europäischer Rat für Systemrisiken** (Makroaufsicht) soll Risiken beobachten und bewerten und ein Frühwarnsystem aufbauen. Eine zentrale europäische Bankenaufsicht nach dem Vorbild der Europäischen Zentralbank wäre die bessere Konstruktion gewesen. Aber dann müssten die Mitgliedstaaten mehr nationale Kompetenzen an eine EU-Behörde abgeben. **Der Skandal: Jetzt stellt sich die deutsche Bundesregierung zusammen mit Großbritannien sogar gegen das Kommissionsmodell, weil sie keine Weisungsbefugnisse abgeben will.** Dabei hat europäische Kleinstaaterei die Auswirkungen der Krise verstärkt. Auf internationaler Ebene wurde das Financial Stability Board (FSB) aufgewertet. Es soll ebenfalls ein Frühwarnsystem aufbauen. Seine Kompetenzen sind vor Pittsburgh immer noch verschwommen. Frühwarnsysteme allein genügen nicht, wenn keine hinreichenden Maßnahmen getroffen werden, um die Systemrisiken zu unterbinden.

Unsere Forderung: Kreditrisiken nicht voll an Dritte weiterreichen

Im Mittelpunkt der Finanzkrise standen die dubiosen Geschäfte mit Hypothekenkrediten, die mehrfach zu Wertpapieren verpackt und um die ganze Welt verkauft wurden. Die EU-Kommission verlangt im Entwurf ihrer neuen Eigenkapitalrichtlinie, dass der Urheber solcher „Verbriefungen“ mindestens fünf Prozent der ursprünglichen Kredite selber behält. Das ist viel zu wenig! Die IG Metall verlangt einen Selbstbehalt des Urhebers von 30 Prozent. Hier muß in der EU nachgebessert werden.

Unsere Forderung: Finanzmarkt-Geschäfte über Börsen abwickeln

Finanzmarktakteure aller Art haben sich Produkte maßgeschneidert und direkt untereinander „over the counter“ abgewickelt. Dabei verdienten die Banken Milliarden an Gebühren und konstruierten Produkte mit extremem Risiko. Die G20-Regierungen haben sich verpflichtet, zentrale Clearing Stellen für den Derivatehandel einzurichten. Bisher ist das nur in einigen Staaten umgesetzt. Hier muss es strenger und konsequenter weiter gehen: Nur Standardisierung der Produkte, konsequentes Abschaffen des Direktgeschäfts (over the counter) und der Aufbau öffentlicher Handelsplattformen mit einer zentralen Abwicklungsstelle macht wirklich Transparenz und Kontrolle möglich und mindert das Risiko.

Unsere Forderung: Mehr Eigenkapital für Banken

Ein Schlüssel zu einem stabileren Finanzsektor ist das Eigenkapital. Schärfere Eigenkapitalanforderungen sind nötig, damit die Banken nicht - wie bisher - aggressiv mit geliehenem Geld ins Risiko gehen. Das Internationale Finanzmarktstabilisierungsgremium FSB hat Vorschläge vorgelegt, wie die Eigenkapitalausstattung der Banken risikoadäquater gestaltet werden kann. Das würde aber die Rendite der Banken deutlich

mindern. Dagegen laufen diese bereits Sturm - und das mit Erfolg. Eigenkapitalregeln sollen erst 2012 angewendet werden. Die Verzögerung ist problematisch. Wie will man die Banken bis dahin dazu bringen, Gewinne zum Aufbau des Eigenkapitals zu nutzen und sie nicht als Dividende an die Aktionäre auszuzahlen?

Fazit: Fortschritte gibt es, aber die Finanzmarktregulierung darf nicht im Wirrwar von nationaler, EU- und internationaler Ebene auf der Strecke bleiben!

Die neuen Themen

Boni – viel Lärm am falschen Platz

Ins Zentrum der Debatte ist die Frage der Bonuszahlungen an Bankmanager geraten. Deutschland und Frankreich wollen eine Obergrenze für Boni, die USA und Großbritannien sind dagegen. Hier wird es einen Kompromiss geben, der Boni stärker am langfristigen Geschäftserfolg ausrichtet. Klar - die Frage der Bonuszahlungen ist wichtig, damit Gewinne in der Bank bleiben und aus Verteilungsgesichtspunkten sowieso. Dennoch besteht die Gefahr, dass hier ein Nebenkriegsschauplatz hochgespielt wird. Werden die hoch risikoreichen Geschäfte eingeschränkt, dann entstehen ungehörige Riesengewinne gar nicht erst!

G20: Finanztransaktionssteuer einführen

Seit Jahren fordert die IG Metall eine Devisenumsatzsteuer. Das war bislang ein Tabu-Thema und wurde nur von linken Ökonomen und Politikern unterstützt. Jetzt ziehen auch Finanzminister Steinbrück und Kanzlerkandidat Steinmeier, ja sogar Kanzlerin Merkel nach.

Unsere Forderung: Klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer

Eine Umsatzsteuer auf Aktien, Anleihen, Devisengeschäfte und alle Formen von Derivaten ist ein unerlässlicher Schritt im Kampf gegen die Spekulation. Der Devisenhandel, dem Währungssicherungen von Warengeschäften zugrunde liegen, kann ausgenommen werden. Sogar mit einem niedrigen Satz von 0,05 Prozent könnte diese Steuer Einnahmen von einem Prozent des Weltbruttoinlandsprodukts bringen. Mit der Finanztransaktionssteuer werden die Verursacher an den Kosten der Krise beteiligt. Finanzgeschäfte laufen elektronisch. Deshalb könnte auch die Steuer automatisch, einfach und kostengünstig auf jede elektronische Transaktion erhoben werden – ohne Umgehungsmöglichkeiten. Wenn nicht alle G 20 Staaten die Steuer einführen wollen, geht das auch europäisch. Wenn der Devisenhandel ausgenommen wird, ist eine bloße Börsenumsatzsteuer national richtig und wichtig.

Dringend erforderlich: Wirksame Ordnungspolitik

Die Gefahr ist groß, dass sich der Finanzmarktkapitalismus als nicht lernfähig erweist. Vor allem die Investmentbanken sowie die Kapitalfonds setzen massiv ihre politische Macht ein, um zur Tagesordnung überzugehen. Werden jetzt nicht die Lehren in wirksame Ordnungspolitik umgesetzt, dann ist in zwei bis drei Jahren die nächste große Finanzmarktkrise mit katastrophalen Folgen für die Gesamtwirtschaft vorprogrammiert.

(Prof. Dr. Rudolf Hickel, Institut Arbeit und Wirtschaft)